ROTE KOMMENTARE

23.7.69

BETRIEBSPROJEKTGRUPPE HEIDELBERG

IN FRANKREICH WURDE IM JUNI EINE NEUER PRÄSIDENT GEWÄHLT. BEI DIESER WAHL HAT DIE FRANZÖSISCHE LINKE SCHWERE FEHLER GEMACHT.
DIE DEUTSCHE LINKE MUSS AUS DIESEN FEHLERN LERNEN.

Welches sind die Hintergründe des Präsidentenwechsels in Frankreich?

Im Mai 1968 haben 10 Millionen Franzosen gestreikt und gegen die Herrschaft einer kleinen Clique von Großkapitalisten und Polizeiführern gekämpft. Mit Hilfe der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) konnte damals der Oberpolizist De Gaulle sein Regime noch einmal vor dem Sturz bewahren. Ein Jahr später wurde de Gaulle von seinen eigenen Kumpanen abserviert und durch seinen ehemaligen Unterpolizisten (d.h. Ministerpräsidenten) und ehemaligen Bankmanager Pompidou abgelöst.

Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich hat sich die herrschende kapitalistische Klasse einen neuen Führer gegeben. Im übrigen bleibt alles beim alten. Trotzdem ist der Sturz de Gaulles ein später Erfolg der Mairevolte von 1968.

Nach dem Ende der großen Streikbewegung herrschte nämlich alles andere als Ruhe in Frankreich. Ähnlich wie in Italien erlebt das Land zahllose kleinere und größere Streiks, oft mit Fabrikbesetzungen, mit denen das französische Proletariat gegen die Versuche kämpft, durch Lohndrücken, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Preissteigerungen seine Erfolge rückgängig zu machen. Allein zwischen den beiden Wahlgängen zur Präsidentschaftswahl sind in Frankreich 25 Einzelstreiks - meist in mittleren und kleinen Betrieben (!) ausgebrochen, acht davon ohne zeitliche Begrenzung. Neben der Forderung nach Lohnerhöhungen standen dabei vor allem Proteste gegen die Arbeitsbedingungen im Vordergrund.

Auch an den Universitäten, die im vorigen Jahr die Streikbewegung ausgelöst hatten, ging, ebenso wie in Deutschland, der Kampf gegen die sog. Hochschulreform weiter, bei der nur jede Opposition gegen den Kapitalismus aus der Universität herausreformiert werden soll.

Inzwischen haben auch die französischen Bauern und die kleinen Gewerbetreibenden begonnen, sich zu organisieren und ihren Protest auf die Straße zu tragen. Damit hatte de Gaulle auch noch einen Teil seines traditionellen Wählerpotentials verloren.

Mit diesen inneren Schwierigkeiten versuchte der Gaullismus mit einer Brutalität fertigzuwerden, die das, was etwa die Heidelberger Studenten von der Polizei gewöhnt sind, bei weitem übertrifft. Er hatte damit keinen Erfolg.

Auch in der Außenpolitik wurde die starrköpfige Haltung de Gaulles den französischen Kapitalisten allmählich lästig. Eigentlich fand vor allem das französische Großkapital die nationalistische Politik ganz in Ordnung, weil sie das amerikanische und englische Kapital fernhielt und so die Herrschaft der französischen Kapitalisten im eigenen Land erhalten half. Auch garantierte die scheinbare Neutralität de Gaulles zwischen den USA und der SU den französischen Kapitalisten gute Profite im Handel mit Osteuropa.

Nachdem aber die inneren Schwierigkeiten des französischen Kapitalismus wuchsen, drohte die nationalistische Isolationspolitik de Gaulles gefährlich zu werden. Das französische Großkapital sucht jetzt Anlehnung an das internationale Großkapital einerseits, weil es Kapitalien und Kredite braucht um sie weiter auszudehnen, andererseits um Unterstützung gegen die revolutionären Kräfte im eigenen Land zu finden.

Deshalb muß es dem ausländischen Kapital einen gewissen Einfluß auf dem inländischen Markt einräumen. Dagegen hat de Gaulle sich gewehrt, deshalb wurde er gestürzt. An seine Stelle tritt jetzt Pompidou, der wie am Anfang de Gaulle, dafür lebt, die Größe des französischen Kapitals zu erhalten und zu fördern. Gegenüber de Gaulle hat er den Vorteil, daß er in der Wahl seiner Mittel noch etwas skrupelloser ist und daß er sich leichter an neue Bedingungen anpassen kann. Weil er aber noch leichter als Agent des Großkapitals zu erkennen ist, wird er noch besser als de Gaulle zu bekämpfen sein.

Die Französische KP hat die Manöver des Arbeiterkapitals unterstützt, indem sie sich an der Wahl beteiligte und Pompidou zu einem demokratischen Mäntelchen verhalf. Sie hat damit der sozialistischen Arbeiter- und Studentenbewegung geschadet.

Obwohl die Kandidaten, die sch selbst als links bezeichneten und die von der Masse der Lohnabhängigen gewählt wurden, weit über 30 % im ersten Wahlgang erreichten, standen sich im zweiten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen nur noch der Kandidat der sog. Mitte, Alain Poher, und Pompidou gegenüber. Poher ist der Repräsentant des kleinen und mittleren Bürgertums, das einerseits panische Angst vor der Revolution hat, sich andererseits aber auch nicht von der großen Bourgeoisie schlucken lassen will. Er konnte sich gegen Pompidou nicht durchsetzen, weil hinter Pompidou die Macht und das Geld standen und die reichlichen Versprechen von Ruhe und Ordnung, die beide gaben, in Pompidous Mund deshalb viel überzeugender klagen.

Man könnte sagen, daß solche Händel innerhalb der herrschenden Klasse uns nichts angehen, wenn nicht die, die sich als Vertreter der Arbeiterklasse ausgeben, eine sehr wichtige Rolle bei diesen Manövern gespielt hätten.

Aus dem Verhalten der KPF muß man nämlich schließen, daß sie eindeutig und von Anfang an den Kandidaten des Großkapitals Pompidou unterstützte und gleichzeitig den Wählern vormachte, der Kandidat der KPF, Duclos, stelle eine echte Alternative zu den Kandidaten der Bourgeoisie dar.

Sie hat damit offen alle die bekämpft, die den Kampf gegen den Kapitalismus dort führen wollen, wo dieser stark ist, in den Betrieben. Viele Arbeiter und Studenten hatten aus den Ereignissen des vorigen Jahres gelernt:
Die Macht der herrschenden Klasse liegt in ihrer Verfügungsgewalt über die Wirtschaftlichen Reichtümer der Gesellschaft. Die Parlamente und Regierungen sind nur die Verwaltungsinstanzen, die die bestimmte Ordnung festlegen, in der diese wirtschaftliche Macht erhalten und erneuert wird, mithilfe von Steuern, Zöllen, Bau von gemeinnützigen Einrichtungen, Polizei und Justiz und Armee. Wenn man den Kapitalisten ihre Macht nehmen will, darf man sich nicht darauf beschränken, die Parlamentsmehrheit zu erobern und die bürgerlichen Regierungen zu stürzen, sondern man muß den Kapitalismus dort bekämpfen, wo er stark ist, in der Produktion, in den Betrieben. Dafür müssen sich die arbeitenden Massen in den Betrieben selbst organisieren, um in Streiks, Fabrikbesetzungen usw. den Kapitalisten ihre Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Reichtümer streitig zu machen. Wenn man sich auf die Eroberung von Parlamentsmehrheiten beschränkt, können die Kapitalisten ganz schnell die Parlamente abschaffen und sie durch andere, ihnen gemäßere Verwaltungsformen ersetzen, etwa durch den Führerstaat wie bei den Nazis.

Schon 1968 ist die KPF mit ihrer Wahltaktik den revolutionären Arbeitern und Studenten in den Rücken gefallen, als sie dazu aufrief, den Streik abzubrechen und den Kampf mit dem Stimmzetteln weiterzuführen. Sie hat damit nicht nur die Organisationen in den Betrieben entscheidend geschwächt, sie mußte auch eine schwere Wahlniederlage einstecken, weil viele Arbeiter nicht einsehen wollten, wieso die Kommunisten bessere Verwalter des Staates sein sollen, wenn sich an den wirklichen Machtverhältnissen nicht geändert hat.

1969 hat sich das gleiche Spiel wiederholt. Die KPF hat wiederum versucht, alle Konflikte in den Betrieben abzuwiegeln und hat nur noch Reklame dafür gemacht, daß ihr Mann an die Spitze des Staates kam, obwohl jedermann wußte, daß sich damit an den wirklichen Machtverhältnissen nichts ändern würde. Im zweiten Wahlgang dann, hat sie sich offen für Pompidou eingesetzt, wahrscheinlich weil sie hoffte, daß die Sowjet-Union mit einer Regierung Pompidou bessere Geschäfte machen könnte als mit einer amerikafreundlicheren Regierung Poher.

Die Haltung der linken französischen Studenten und Arbeiter

Die linken Studenten und Arbeiterbasisgruppen haben dieses Manöver frühzeitig durchschaut und bekämpft. Sie haben gerade in der Zeit, in der die KP politische Friedhofsruhe herstellen wollte, damit man ihre hohlen Phrasen besser hören konnte, den Kampf in den Betrieben besonders aktiv geführt, um zu beweisen, daß nur hier gesellschaftliche Veränderungen erkämpft werden können.

Dann haben sie aber doch noch einen schweren Fehler gemacht.
Zwei Vertreter von Gruppen, die den Generalstreik von 1968 aktiv unterstützt haben, haben ihrerseits bei den Präsidentschaftswahlen kandidiert, um die Propagandamöglichkeiten, die ihnen der Wahlkampf bot mit Fernseh-und Radiosendungen, mit auf Staatskosten gedruckten Broschüren usw. für eine revolutionäre Agitation und für die Entlarvung der Manöver der herrschenden Parteien zu nutzen. Das klingt sehr vernünftig, hat aber schwere Nachteile. Dadurch, daß sich beide ganz ernsthaft um die Kandidatur bewarben, und, z.B. nicht kurz vor der Wahl zurückgetreten sind, wirkte ihre Kritik an den Wahlmanövern der KP und der bürgerlichen Parteien unaufrichtig und die meisten Arbeiter, die den Kampf in den Betrieben aktiv führen enthielten sich der Stimme oder wählten doch die KP, die noch als das kleinere Übel gegenüber bürgerlichen Kandidaten erschien.

DIESE ERFAHRUNGEN DER FRANZÖSISCHEN LINKEN ERKLÄREN, WARUM DIE WESTDEUTSCHEN STUDENTENBEWEGUNGEN UND DIE ARBEITSBASISGRUPPEN KEINE EIGENEN KANDIDATEN FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL IM HERBST AUFSTELLEN. DAMIT UNTERSCHEIDEN WIR UNS VON DER DKP, DIE WIE DIE FRANZÖSISCHE KP PARLAMENTARISTISCHE ILLUSIONEN NÄHRT UND DAMIT DEM KAMPF DER ARBEITER IN DEN BETRIEBEN EINEN SCHLECHTEN DIENST ERWEIST:

Die DKP hatte nach ihrer Zulassung durch das Bundesinnenministerium nichts eiligeres zu tun, als mit anderen Grüppchen ein Wahlbündnis, die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) einzugehen, um wie alle anderen Parteien auch, einen Platz im Bundestag zu erobern. Zu diesem Zweck muß sie, wie alle anderen Parteien auch, große Versprechungen machen und lange Listen mit all den schönen Dingen vorlegen, die sie im Parlament durchsetzen will. Sie muß so tun, als ob das Parlament tatsächlich die Vertretung der Interessen der werktätigen Massen sei, wenn die DKP nur im Parlament ist. Sie muß verschweigen, daß DKP-Abgeordnete, auch mit dem besten Willen, nichts für die Lohnabhängigen rausholen könnten, was die Herrschenden nicht sowieso bereit sind zu geben, so-

lange sich Arbeitervertreter im Parlament nicht auf eine starke Massenbewegung stützen können, die ihre Forderungen auf der Straße und in den Betrieben so durchsetzen kann, daß auch die reaktionärsten Parteien dann gezwungen sind nachzugeben.

Denn was ist der Zweck von Wahlen und Parlamentsdemokratie im heutigen Kapitalismus?

Die Parteien, die gemeinsam in den Parlamenten sitzen, sind mächtige Organisationen, die sich untereinander die politische Gewalt im Staat teilen und deren Hauptzweck es ist, die Machtverhältnisse, an denen sie teilhaben, zu erhalten. Der eigentliche Inhalt dieser Macht ist aber die Herrschaft der großen Kapitalisten über die gesellschaftlichen Reichtümer dieses Landes, die Aufgabe der politischen Organisationen ist es, diese Macht mit Gesetzen und Verwaltungsmaßnahmen zu schützen und zu fördern. Die Parteispitzen und die Regierungsbürokratien arbeiten daher sehr eng mit den Spitzen der Wirtschaft zusammen und sind teilweise ganz eng mit ihnen verflochten, wie die große Zahl von Millionären und Industriemanagern im Parlament und in der Regierungsbürokratie beweist.

Um aber diese Cliquenwirtschaft besser zu vertuschen und vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, zu legitimieren, wird einerseits der Schein einer diskutierenden Öffentlichkeit im Parlament, in der um das Volkswohl gerungen wird, aufrecht erhalten und werden andererseits alle vier Jahre Wahlen abgehalten, in denen sich die Parteien Blankovollmachten für weitere vier Jahre holen und in denen die Wähler ein Kreuzchen hinter eine Abkürzung malen dürfen, wie sonst einmal die Woche auf eine Zahl auf einem Tippzettel. In der großen Wahllotterie dürfen sie ihr Glück mal mit dieser mal mit jener Partei versuchen, und wissen doch ganz genau, daß dabei für sie nichts rauskommt.

Die Haltung der Sozialisten in diesem Spiel

Wenn sich die Sozialisten auf dieses Spiel einlassen und sich selbst auf diesem Grlücksmarkt zur Wahl erfolgreich zur Wahl stellen, gibt es drei Möglichkeiten: entweder sie hören sehr schnell auf Sozialisten und Kämpfer für die Interessen der Lohnabhängigen zu sein und profitieren am Geschäft mit der Macht, wie die SPD. Oder sie sitzen als machtloses Häufchen im Schmollwinkel im Parlament und werden systematisch von den Entscheidungen ausgeschlossen, denn die Herren von der Industrie werden mit ihnen natürlich nicht alles bereden wollen. Oder sie werden gestützt von einer starken, kämpferischen Arbeiterbewegung, die dem was sie im Parlament sagen, den nötigen Nachdruck verleiht. Dann dürften sie sich aber nicht ihrerseits wieder an die geheimen grünen Tische setzen, um dort um dem Kapital Arbeiterbewegung im Rücken zu verhandeln, wie andere mit der Unterstützung ihrer Aktienpakete. Dann müßte das Parlament selber zu einer Tribüne zur Zerschlagung dieser Cliquenmauschelei der wenigen gegen die vielen werden und die Arbeit der Sozialisten im Parlament hätte vor allem die Aufgabe, die Kämpfe in den Betrieben und auf der Straße zu unterstützen. Die die an den Grünen Tischen sitzen, werden sie von sich aus nicht umstürzen.

In der Bundesrepublik gibt es aber im Augenblick keine starke Arbeiterbewegung, in deren Dienst sozialistische Parlamentarier arbeiten könnten. Das weiß auch die DKP!

Wenn sie sich trotzdem auf den Wahlzirkus einläßt, um zu beweisen, daß sie eine seriöse Partei ist, die auch von ihren Gegnern als seriös anerkannt werden muß, dann stärkt sie nur die noch bestehenden Illusionen bei ihren Wählern über die Möglichkeiten der Parlamentsarbeit und lenkt sie von ihren eigentlichen Aufgaben, der Aufklärungs- und Organisationsarbeit in den Betrieben ab.

Die sozialistischen Arbeiterbasisgruppen, Studenten und Schüler dagegen werden den Kampf auf ihre Art führen. Sie werden in Flügblättern und Aktionen den Charakter der herrschenden Parteien entlarven, werden zeigen, welcher Betrug hinter den Waschmittelreklamen für "Sicherheit" (für wen?) und "Ordnung" (welche?) steht und werden so sich dafür einsetzen, daß immer mehr Lohnabhängige anfangen, ihre Sache in die Hand zu nehmen, sich im Betrieb nicht jede Schikane gefallen zu lassen, nicht jede Preiserhöhung hinzunehmen und sich für den Kampf gegen den Kapitalismus, der den ganzen Wahlzirkus aufzieht, zu organisieren. Am Wahltag werden sie sich der Stimme enthalten, weil sie wissen, daß sie bei dieser Lotterie keinen Blumentopf zu gewinnen haben.

Laßt Euch mit dem scheindemokratischen Wahlrummel keinen Sand in die Augen streuen!

Die Basis setzt den Kampf fort

Mondfahrt und Fortschritt

Der Mondflug der Amerikaner zeigt, welche enormen technischen Fortschritte in der letzten Zeit erzielt worden sind. In der Berichterstattung in den Zeitungen und im Fernsehen wird aber nicht sachlich und klar über dieses Ereignis berichtet, sondern es wird zum "größten Abenteuer der Menschheit" und die Astonauten, die ihre Haut für dieses Abenteuer zum Mond tragen, werden zu "Helden". Mit diesen Berichten soll die Begeisterung der Menschen geweckt werden, so wie man sich auch für Sport begeistert oder, wie schon oft, für einen Krieg.
Die Amerikaner, deren Krieg gegen Vietnam diesmal ja nur wenig Begeisterung wecken kann, benutzen diese Gelegenheit, ihrer Bevölkerung etwas vorzuführen, mit dem sich jeder identifizieren kann. Und damit auch der deutsche Nationalismus nicht zu kurz kommt: In den deutschen Berichterstattungen kann gar nicht oft genug erwähnt werden, welche überragende Rolle einige ehemaligen Deutsche bei diesem Projekt spielen. Und die Italiener werden vielleicht hinterher sagen, die Sache hätte nur deshalb so gut geklappt, weil der Pabst, laut Bild-Zeitung, für die Astonauten gebetet hat.
Der Menschheit soll mithilfe dieser Fahrt zum Mond eingeredet werden, was für großartige Leistungen zustande kommen können und was für eine glänzende Zukunft uns bevorsteht, wenn wir nur eifrig und brav mitarbeiten. Wie aber diese Mitarbeit aussieht, dafür ist die Weltraumforschung ein gutes Beispiel. Nur ganz wenigeLeute bestimmen bis ins kleinste, wie diese Arbeit von vielen Hunderttausenden zu funktionieren hat.

Weshalb wird nun aber wirklich ein so großer Aufwand für die Weltraumfahrt getrieben? Einer der Gründe liegt ganz klar auf der Hand. Mehr als die Hälfte aller Sateliten wird aus militärischen Gründen gebaut, vor allem zu Spionagezwecken. Aber es werden auch Sateliten konstruiert, die Waffen befördern, und mit Raketen kann man außer Affen und Menschen auch Wasserstoffbomben transportieren.
Es wird oft das Argument gebracht. durch Weltraumforschung und überhaupt die militärische Forschung würden viele technische Fortschritte erzielt; man könnte viele dieser Neuerungen auch für zivile Bereiche verwenden. Dabei wird aber verschwiegen, daß, wenn man direkt für diese zivilen Projekte forschen würde, man nur 20% der Mittel aufwenden müßte, um diese Ergebnisse zu erzielen. Es werden also bei der Weltraumfahrt und noch viel stärker bei der reinen Militärforschung ungeheuer viele Mittel verschwendet. Das hat folgende Gründe:
In unserem Wirtschaftssystem werden sehr viele Werte durch die arbeitende Bevölkerung geschaffen. Diese Werte können aber nicht alle wieder investiert werden, da sonst noch wesentlich mehr produziert würde, wofür keine zahlungskräftigen Abnehmer vorhanden sind. Andererseits dürfen die Kapitalisten diese Werte nicht den Arbeitern ausbezahlen, weil sonst das System der materiellen Abhängigkeiten und der Unterdrückung gefährdet würde. Daher muß ein großer Teil dessen, was erarbeitet wird, unproduktiv angelegt werden, beispielsweise in Waffen. Ähnliches gilt für die Weltraumfahrt: ein sehr großer Teil des investierten Kapitals wird vernichtet.
Es ist also so, daß auf technologischen Gebieten tatsächlich äußerst große Fortschritte erzielt worden sind, so daß uns unser Gesellschaftssystem um so veralteter erscheinen muß. Es kann nähmlich nicht einmal fertigbringen, mithilfe dieser technischen Fortschritte die übrige Produktion in den Betrieben vernünftig zu organisieren. Denn richtig angewendet kann der technische Fortschritt dazu dienen, daß in viel weniger Arbeitszeit so viel produziert werden kann, daß für alle Menschen alle Bedürfnisse in ausreichendem Maße befriedigt werden können.
Durch diesen Ausgleich in den Besitzverhältnissen und durch so starke Arbeitszeitverkürzungen würde sich dieses Gesellschaftssystem aber selbst aufheben, da es gerade auf der Abhängigkeit von vielen und der Privilegiertheit von wenigen beruht.